

Protokoll über die 2. Sitzung des Ausschusses zur Sanierung von

Die Konferenz beschließt, daß auf die Bevölkerung bezüglich des Moratoriums durch eine Kundmachung beruhigend einzuwirken sei. In diese Kundmachung soll auch ein Appell an die Hausherren aufgenommen werden, bei der Zinsbezahlung Entgegenkommen zu bekunden.

Gemeinderat W i n a r s k y meint, die Kundmachung solle eine Erläuterung des Moratoriums enthalten und die Frage der Zinszahlung behandeln. Es solle bloß Anwendung finden auf Arbeiter und Eingekerkerte.

Der Herr Bürgermeister teilt weiters mit, daß die Zahl der Markttage vermehrt wurde und daß der Abverkauf auch an anderen Tagen als an den üblichen und gegebenenfalls auch über die normierte Marktzeit erfolgen werde.

Gemeinderat R e u m a n n beantragt, daß auf den En gros-Märkten auch im Kleinen verkauft werden dürfe, da es oft vorkommen kann, daß der Kleinhändler mit einzelnen Waren überhaupt nicht oder nicht genügend versehen sei, die aber anderseits auf dem Großmarke zu haben seien.

Gegen diesen Antrag legt Gemeinderat V e i t n e r Verwahrung ein, mit der Begründung, daß dadurch die Existenz von tausend Kleinhändlern gefährdet werde.

Der Herr Bürgermeister erklärt, diesbezüglich nicht sofort eine Entscheidung treffen zu können, sondern diese Frage erst mit dem Magistratsreferenten besprechen zu müssen.

Weiters berichtet der Herr Bürgermeister, daß seiner Anregung, auch der Zivilverwaltung ein Enteignungsrecht auf Warenvorräte, die aus Spekulationsgründen zurückgehalten werden, einzuräumen, seitens der Regierung entprochen werde.

Es werde eine Notverordnung erlassen werden, in welcher festgesetzt wird:

1. Anzeigepflicht von Vorräten und Strafen für deren Verheimlichung,
2. Berechtigung des Landes-Chefs, das Enteignungsereignis auszusprechen.

Hiedurch könne der sehr peinlichen Frage der Maximaltarife aus dem Wege gegangen werden.

Die enteigneten Vorräte könnte er, der Bürgermeister, jenen Produzenten, die keine Vorräte mehr hätten, zu den Selbstkosten überlassen und diesen dann den Tarif diktieren.

Gemeinderat R e u m a n n wünscht, daß die Notierung der Preise auf den Märkten strenge überwacht werde und daß auf derselben unbedingt bestanden werden müsse.

Der Bürgermeister verspricht, für eine strenge Überwachung Vorsorge treffen zu wollen.

Gemeinderat R e u m a n n regt an, es solle an die Armeninstitute und an die Zentralstelle eine Weisung ergehen, auch an die Familien der einberufenen Ungarn unter Voraussetzung der Parität seitens Ungarns Unterstützungen zu gewähren.

Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, eine diesbezügliche Verfügung zu treffen.

Gemeinderat Dr. L o e w e n s t e i n berichtet, daß die Ärztekammer einen Permanenz-Ausschuß eingesetzt und für heute eine Sitzung einberufen habe, zu der alle in Frage kommenden Stellen geladen sind, in welcher Sitzung die Regelung des ärztlichen Dienstes in Niederösterreich einsehend besprochen werden solle.

Der Bürgermeister richtet an Gemeinderat Dr. L o e w e n s t e i n das Ersuchen, in dieser Sitzung in erster Linie für die Stadt Wien einzutreten.

Hierauf schließt der Herr Bürgermeister die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.
Der Vertreter des Bürgerklubs: Steiner m. p.
Der Vertreter der liberalen Partei: Dr. Granitsch m. p.
Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion: Neumann m. p.

Die Beschlüsse der Sitzung sind im Protokoll veröffentlicht worden, da es oft vor-